

AKTUELL

INFORMATIONSZUGANG

Transparenz für Zebrastreifen

Joël Adami

Die Commission d'accès aux documents hat der Stadt Luxemburg aufgetragen, ihre Dokumente über illegale Zebrastreifen öffentlich zu machen.

Was lange währt, wird vielleicht nicht gut, aber immerhin offengelegt: Anfang März hat die Commission d'accès aux documents (CAD) beschlossen, dass die Stadt Luxemburg ihre Dokumente zur Sicherheit von Zebrastreifen veröffentlichen muss. Die Vorgeschichte ist ziemlich lang. Im Sommer führte das Zentrum für Urban Gerechtigkeit (ZUG) mittels Crowdsourcing eine Untersuchung der Zebrastreifen der Hauptstadt durch. Ergebnis: Fast ein Drittel der Fußgänger*innenüberwege sind näher als fünf Meter an Parkplätzen, was die Straßenverkehrsordnung nicht erlaubt.

Verkehrsschöffe Patrick Goldschmidt (DP) behauptete daraufhin am 15. November in einer Gemeinderatssitzung, es seien lediglich 32 oder 37 Zebrastreifen nicht konform, das habe eine interne Untersuchung der Stadtverwaltung ergeben. Außerdem gebe es eine Vereinbarung zu dem Thema zwischen der Stadt Luxemburg und dem Verkehrsministerium. Das ZUG reagierte mit einem virtuellen Adventskalender, der Fotos von nicht-konformen Zebrastreifen zeigte - wesentlich mehr als 37. Am 6. Dezember fragte das Kollektiv nach dem Informationsfreiheitsgesetz die internen Dokumente der Stadt und die Vereinbarung mit dem Ministerium an. Die Antwort: Nein, die Dokumente sind intern und somit geheim. Das ZUG gab jedoch nicht klein bei und legte Beschwerde bei der CAD ein.

Erfundene Vereinbarung muss nicht veröffentlicht werden

Die Entscheidung der CAD betrifft jedoch nicht nur die Dokumente über Zebrastreifen, sondern verpflichtet Gemeinden grundsätzlich zu mehr Transparenz: Weder Protokolle von Schöfferratssitzungen noch Dokumente, die Auswirkungen auf die Bewohner*innen und Besucher*innen der Stadt haben, dürfen geheimgehalten werden. Ein Dokument muss die Stadt Luxemburg jedoch nicht herausrücken: Die Vereinbarung mit dem

Ministerium. Der Grund dafür ist aber besonders peinlich: Ein solches Dokument existiert überhaupt nicht.

Beim ZUG freut man sich über dieses Ergebnis: „Wir freuen uns sehr über die Entscheidung der CAD, die eine enorme Ermutigung und eine wertvolle Unterstützung darstellt. Gegenüber einer schwerfälligen Verwaltung aus Fachleuten sind wir eine kleine Gruppe freiwilliger Bürger, die sich für das Gemeinwohl einsetzen. Selbst David wurde dafür bezahlt,



gegen Goliath zu kämpfen“, so Federico Gentile vom ZUG in der Pressemitteilung des Kollektivs. Allerdings mahnen die Aktivist*innen an, dass die Sicherheit von Fußgänger*innen in der Hauptstadt immer noch stark vernachlässigt werde, die nicht-konformen Zebrastreifen seien hierfür nur ein Indikator. „Die Stadt hat unseres Wissens keinen der von der ZUG gemeldeten Zebrastreifen in Ordnung gebracht, nicht einmal die 32 oder 37, die sie selbst für illegal halten, obwohl ein Farbanstrich oftmals ausreichen würde“, so Gentile weiter.

Spannend - und vermutlich auch peinlich für den Schöff*innenrat - wird es, wenn die Stadt der Aufforderung der CAD nachkommt und ihre internen Dokumente veröffentlicht. Dann wird sich nämlich feststellen lassen, nach welchen Kriterien die Stadt die Konformität der Zebrastreifen erhoben hat - oder ob die Zahl, die Goldschmidt genannt hat, ähnlich aus der Luft gegriffen war wie die angebliche Vereinbarung mit dem Verkehrsministerium.

Das ZUG haben wir in Ausgabe 1662 ausführlich vorgestellt: woxx.eu/zug

SHORT NEWS

Energiepreise, Demokratie und Vergesslichkeit

(lm) - Die Tripartite soll's richten. Was, sachlich betrachtet, angesichts der Auswirkungen der Krise im Energiesektor eine sinnvolle Herangehensweise ist, wird als Entscheidungsschwäche der Regierung interpretiert - nicht ohne Grund. Sogar die Gewerkschaften, die sich eigentlich darüber freuen könnten, im Mittelpunkt des Entscheidungsprozesses zu stehen, beschwerten sich: Bei der Dezember-Tripartite habe die Regierung noch eine Diskussion über die Kaufkraftverluste abgelehnt; nun gehe wieder Zeit verloren „bis Ostern“, statt Sofortmaßnahmen zu ergreifen, so LCGB und OGBL in einem Communiqué. Hinter der Kritik steht auch die Sorge, Regierung und Patronat würden die alte Idee eines „grünen Index“ aufwärmen - eine sozial wie ökologisch unsinnige Antwort auf die jetzigen Preissteigerungen (woxx 1076). In der Chamber warf die Opposition am Dienstag der Regierung vor, die Verantwortung auf die Tripartite zu schieben. Doch die Koalitionsparteien machten von ihrem demokratischen Recht Gebrauch, per Mehrheitsbeschluss der Regierung - und der Tripartite - in puncto soziale und ökonomische Maßnahmen freie Hand zu lassen. Der Ärger der Piraten hierüber ist glaubwürdig, jener der CSV weniger - es war schließlich Jean-Claude Juncker, der 2004 mit einem hinter verschlossenen Türen ausgehandelten Tripartite-Beschluss verhinderte, dass die Ratifizierung des Kyoto-Klimaprotokolls in eine frühe Energiewende mündete (woxx 739).

Streiken für die Energiewende

(tj) - „Time until next Action: 7 Days“ war am Donnerstag auf der Internetseite von Youth for Climate Luxembourg zu lesen. Am 25. März soll also wieder gestreikt werden. Los geht's um 14 Uhr vor dem Finanzministerium auf der Place Clairefontaine. Motto diesmal: #PeopleNotProfit. Klickt man sich durch die Homepage, findet man nähere Infos dazu: Im Fokus der Kritik stehen Gas-, Erdöl- und Kohleunternehmen. „We need to act right now to stop burning fossil fuels and ensure a rapid energy revolution with equity, reparations and climate justice at its heart.“ Homepage-Besucher*innen werden anschließend dazu aufgerufen, Youth for Climate auf Social Media zu folgen, sich der Bewegung anzuschließen oder sich in irgendeiner anderen Weise zu engagieren: Durch eine Reduktion des eigenen CO₂-Fußabdrucks, den Verzicht auf Fleisch- und Milchprodukte oder eine Spende an eine Umwelt-NGO. Eine aktualisierte Auflistung ihrer politischen Forderungen findet sich ebenfalls auf der Homepage: Umweltverschmutzer*innen zur Verantwortung ziehen, Umweltschutz verstärkt regulieren, Menschen in Prekarität unterstützen und Null-Toleranz gegenüber Autoritarismus sind nur einige davon. Youth for Climate ruft alle, die sich fürs Klima einsetzen wollen, auf, sich dem Streik anzuschließen - unabhängig von ihrem Alter.

Pestizidlobby nutzt Ukrainekrieg

(ja) - Die Pestizidlobby nutzt die russische Invasion der Ukraine, um Stimmung gegen die Farm to Fork-Strategie der EU zu machen. So behauptet es zumindest die Brüsseler NGO Corporate Europe Observatory (CEO) in einem Bericht, der am 17. März erschienen ist. Am 23. März soll die EU-Kommission einen Vorschlag für die Überarbeitung der Pestiziddirektive veröffentlichen. Mit dieser soll die Ausbringung von Pestiziden bis 2030 um die Hälfte reduziert werden. Das gefällt CropLife Europe, der Lobbyorganisation der Pestizidhersteller, allerdings gar nicht. Im CEO-Bericht werden verschiedene Strategien ausgemacht, unter anderem das Sponsoring von Studien und wohlwollenden Medienevents, um Zweifel an der Farm to Fork-Strategie zu sähen. Zusätzlich würde die Nahrungsmittelkrise, die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöst wurde, genutzt, um Stimmung gegen weniger Pestizideinsatz zu machen, so die NGO. Ähnliche Töne sind auch bereits in Luxemburg zu hören: Die CSV-Abgeordnete Martine Hansen forderte am Mittwoch, die verpflichtende Stilllegung von vier Prozent der Ackerflächen, die ab 2023 gelten soll, zeitlich begrenzt auszusetzen.